

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

22 - 1875

Eisenstadt, am 27. Juni 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Abschaffung der Baulandsteuer im Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend sofortige Abschaffung der Baulandsteuer im Burgenland

Das Burgenland ist mit 1.800 Millionen Euro rekordverschuldet. Die Kassen des Landes sind leer und müssen wieder gefüllt werden. Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil setzt mit seiner SPÖ-Alleinregierung daher auf neue zusätzliche Steuern und Abgaben, wie Jagdsteuer, Photovoltaik-Steuer, Tourismus-Steuer, Erhöhung der GIS-Gebühr, Windkraft-Steuer und Bauland-Steuer.

Im Jahr 2020 wurde im Burgenland ein neues Raumplanungsgesetz beschlossen. Damit hat die SPÖ-Alleinregierung unter anderem die Baulandsteuer eingeführt. Seither musste die SPÖ-Alleinregierung viel Kritik einstecken und bereits neun Mal zum Korrekturstift greifen, um das eigene Gesetz zu reparieren. Die nächste Novelle liegt bereits am Tisch.

Bei der Einführung der Baulandmobilisierungsabgabe als Baulandsteuer handelt es sich um einen drastischen und noch nie dagewesenen Eigentumseingriff im Burgenland. Diese Steuer dient einzig und allein dem Zweck, die von Landeshauptmann Doskozil produzierten Budget-Löcher zu stopfen und erzielt keinen Lenkungseffekt. Die Abgabe verteuert die Grundstücke langfristig noch mehr, weil diese bei einem eventuellen Verkauf aufgeschlagen wird. Die SPÖ macht mit ihrer Politik das Wohnen und das Leben der Burgenländerinnen und Burgenländer teurer.

Bei der Informationstour gab es für SPÖ-Landesrat Dörner starken Gegenwind aus der Bevölkerung. Bei der Einhebung der Steuer ist es zu mehreren Pannen gekommen. Die Versendung der Informationsschreiben verzögerte sich auf Anfang Oktober 2023. Das Land selbst warnte vor einem Ansturm auf die Gemeindeämter: *„Es wird damit gerechnet, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Gemeinden als erste Anlaufstellen für Fragestellungen sehen.“* Kurz nachdem die ersten Informationsschreiben versendet wurden, ist eine „Rechenpanne“ bekannt geworden und so ein zu hoher Abgabebetrag verrechnet wurde. In weiterer Folge wurde vom Land ein Gutachten zur

Feststellung der Ortsüblichkeit beauftragt. Der Schnellschuss wurde mit einer weiteren Novelle durch die SPÖ-Alleinregierung repariert.

Noch bevor die ersten Bescheide in die Häuser vieler Burgenländer flattern, ist die Baulandsteuer deutlich gestiegen. Grund dafür ist, dass die SPÖ-Alleinregierung zugewartet hat, bis die Statistik Austria die neuen Grundstückspreise veröffentlicht hat. Dadurch wird rückwirkend ab Jänner 2022 eine höhere Abgabe fällig.

Die Menschen im Burgenland sind zurecht verunsichert. Tatsache ist, dass mittlerweile die Mehrheit der Burgenländerinnen und Burgenländer gegen diese Steuer ist. Das zeigt eine burgenlandweite Umfrage. 52 Prozent fordern die Abschaffung der Baulandsteuer und 58 Prozent sehen gar einen drastischen Eingriff in das Eigentum. 55 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Steuer nur dazu diene, um die leeren Kassen des Landes zu füllen. Dieser enorme Gegenwind aus der Bevölkerung zeigt, dass die Menschen nicht bereit sind, zusätzliche Landessteuern zum Stopfen von Budgetlöchern zu bezahlen.

Die Doskozil-Baulandsteuer war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, wie die Pannenserie und mehrere Novellen des Raumplanungsgesetzes bestätigen. Die SPÖ-Alleinregierung sollte jetzt in der politischen Sackgasse die Notbremse ziehen, ihre Fehler eingestehen und auf diese Abgabe verzichten. Der Fleiß der Menschen darf nicht durch überhöhte Landessteuern bestraft werden. Diese Steuer muss daher sofort abgeschafft werden.

Sollte die SPÖ-Alleinregierung aus rein ideologischen Gründen weiter an ihren Plänen festhalten, so muss gegenüber der Bevölkerung offengelegt werden, wann mit der Einhebung der Baulandsteuer begonnen wird und bis wann die Steuer rückwirkend eingehoben wird. Nur so haben die Burgenländerinnen und Burgenländer Planungssicherheit und können sich einstellen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzesentwurf des Bgld. Raumplanungsgesetzes vorzulegen, mit dem die Baulandmobilisierungsabgabe gemäß § 24a sofort abgeschafft wird.